

An die
Bezirksregierung
-Dezernat 24-
Postfach 30 08 65

40408 Düsseldorf

Förderungsmaßnahmen im Aufgabenbereich des § 96 BVFG
Antrag auf Gewährung einer Zuwendung für

Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen gemäß § 96
Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz (BVFG) durch das Land Nordrhein-Westfalen
-Runderlass d. Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales v. 01.10.1993
(SMBL. NW. 2430)-

1. Antragstellerin/Antragsteller	
Name/Bezeichnung	
Anschrift:	Strasse/PLZ/Ort/Landkreis
Auskunft erteilt:	Name/Tel. (Durchwahl)
Bankverbindung:	BIC IBAN
	Bezeichnung des Kreditinstitutes
2. Maßnahme	
Bezeichnung/ Angesprochener Zuwendungsbereich	
Ort und Zeit der Maßnahme	
Zahl der Teilnehmer	

3.	Gesamtkosten	
3.1	Reisekostenerstattungen für den Personenkreis nach - Nr. 4.42 der Richtlinien	_____ €
	- Nr. 4.45 der Richtlinien	_____ €
3.2	Fahrtkosten - der Teilnehmer nach Nr. 4.43 der Richtlinien	_____ €
	- für den Personenkreis nach Nr. 4.46 der Richtlinien	_____ €
3.3	Honorare nach - Nr. 4.441 der Richtlinien	_____ €
	- Nr. 4.442 der Richtlinien	_____ €
	- Nr. 4.443 der Richtlinien	_____ €
	- Nr. 4.45 der Richtlinien	_____ €
	- Nr. 4.46 der Richtlinien	_____ €
3.4	Sachausgaben (nach gesondert beigefügter Aufstellung)	_____ €
3.5	Sonstige Ausgaben	_____ €
	Zwischensumme	_____ €
3.6	Hiervon bis zu 15 v.H. bzw. maximal 766,94 € (nach Nr. 4.4.7 der Richtlinien)	_____ €
	insgesamt:	===== €
4.	Finanzierungsplan	
4.1	Gesamtkosten (Nr. 3)	_____ €
4.2	Eigenanteil	_____ €
4.3	Teilnehmerbeiträge, Eintrittsgelder, etc.	_____ €
4.4	Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung)	_____ €
4.5	Beantragte/bewilligte öffentl. Förderung (ohne Nr. 4.6) durch:	_____ €
4.6	Beantragte Zuwendung des Landes NRW	_____ €

5.	Begründung
5.1	Zur Notwendigkeit der Maßnahme (u.a. Raumbedarf, Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen). Ggf. kann auf das Programm verwiesen werden.
5.2	Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u.a. Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)
5.3	Bei grenzüberschreitenden Maßnahmen: Darstellung, in welcher Weise Staatsangehörige oder Institutionen des Herkunftslandes in die Maßnahme eingebunden sind und wie dem Gedanken der Völkerverständigung Rechnung getragen wird.

6. Erklärungen	
Der Antragsteller erklärt, dass	
6.1	mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten,
6.2	er zum Vorsteuerabzug <input type="checkbox"/> berechtigt (Preise ohne Umsatzsteuer) <input type="checkbox"/> nicht berechtigt ist und dies bei den Ausgaben berücksichtigt hat (zutreffendes ankreuzen)
6.3	die Angaben in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind.

Ort/Datum

(Rechtsverbindliche Unterschrift)